

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/168

Bonn, den 5. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 EWG darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben 90

Auch hier brauchen wir eine konzertierte Aktion

Von Professor Dr. Karl Schiller, Bundesminister für Wirtschaft

3 - 4 Vor den schwedischen Reichstagswahlen 86

Gute Aussichten für die Sozialdemokraten

5 Sündenbock Bonn 35

Verketzerung der Bundesrepublik

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Altersdiskriminierung" muß ein Ende haben!

- Interview mit der SED-Bundestagsabgeordneten Elfriede Eilers -

Die totale Gleichberechtigung

Wohnungsbau für alleinstehende Frauen

"Das Leben ist kein rosa Roman!"

*

*

*

EWG darf nicht auf halben Wege stehen bleiben

Auch hier brauchen wir eine konzentrierte Aktion

Von Professor Dr. Karl Schiller, Bundesminister für Wirtschaft

Mit der Vollendung der Zollunion haben die sechs EWG-Länder eine wichtige Etappe auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration Europas abgeschlossen. Dies gibt uns Gelegenheit zu einer Bilanz dessen, was bisher erreicht werden konnte, und zu einer Vorschau auf die Aufgaben, die noch vor uns liegen.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft stellt heute nicht nur einen bestimmenden Faktor im wirtschaftlichen und sozialen Leben der Mitgliedstaaten dar, ihre Entwicklung wirkt sich auch unmittelbar und maßgebend auf die gesamte Weltwirtschaft aus. Die Zollschränken innerhalb der Gemeinschaft konnten eineinhalb Jahre vor dem Ende der vertraglichen Übergangszeit beseitigt werden. Für nahezu alle wesentlichen Agrarprodukte bestehen gemeinsame Marktordnungen.

Der Handelsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdreifacht. Der Handel der Gemeinschaft mit dritten Ländern nahm ebenfalls stärker zu als der Handelsaustausch dieser Länder untereinander; diese positive Entwicklung wird sich sicher noch verstärken, nachdem nun die ersten Zolllsenkungen aus der Kennedy-Runde - zu deren Gelingen die Gemeinschaft maßgeblich beigetragen hat - in Kraft treten.

Die ersten wichtigen Schritte auf dem Wege zur Wirtschaftsunion - über die Zollunion hinaus - liegen ebenfalls bereits hinter uns; als Beispiele seien nur die intensive konjunkturpolitische Zusammenarbeit und die Arbeiten auf dem Gebiet der mittelfristigen Wirtschaftspolitik erwähnt. Das Sozialprodukt in den Ländern der Gemeinschaft ist überproportional gestiegen.

Alle diese unbestreitbaren Erfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in letzter Zeit immer mehr ein Gefühl der Europaverdrossenheit, der Stagnation der Europapolitik ausgebreitet hat, die mit den Meinungsverschiedenheiten in der Beitrittsanfrage nur teilweise erklärt werden kann. Die vor uns liegenden Aufgaben und der gegenwärtige Stand der Integration fordern von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten eine umfassende Überprüfung ihrer Politik und ein Neubedenken auf die gemeinsamen europäischen Interessen.

Die Beseitigung der Zollschränken allein - so wichtig sie auch ist - führt noch nicht zu einem echten gemeinsamen Markt. Nach dem Wegfall der innergemeinschaftlichen Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen machen sich die übrigen Handelshemmnisse - wie unterschiedlich konzipierte und verschieden hohe indirekte Steuern, voneinander abweichende Vorschriften im Lebensmittel-, Arzneimittel- und

Veterinärrecht, unterschiedliche industrielle Sicherheitsvorschriften usw. - nur noch stärker bemerkbar.

Hier nähert sich die Gemeinschaft aber immer mehr dem harten Kern. Der Abbau der Binnenzölle war einfach im Vergleich zur Vereinheitlichung der Vorschriften auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder zur Harmonisierung der großen indirekten Steuern mit ihren Auswirkungen auf die Staatseinnahmen. Dennoch sind hier Fortschritte unabdingbar, wenn der Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft sich ungestört und frei von Wettbewerbsverzerrungen entwickeln und die EWG nicht auf halbem Wege stehen bleiben soll.

Daneben müssen die Voraussetzungen für eine immer intensivere Koordinierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen geschaffen werden. Die wachsende Interdependenz der Volkswirtschaften und die durch das Entstehen eines Wirtschaftsraumes von 185 Millionen Verbrauchern noch beschleunigten und verstärkten Strukturwandlungen in der modernen Industriewirtschaft erfordern immer mehr eine Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und ein gemeinsames Handeln der Gemeinschaft. Hier wird der politische Wille zur wirtschaftlichen Integration geprüft werden.

Eine Schlüsselstellung kommt dabei den Arbeiten auf dem Gebiet der mittelfristigen Wirtschaftspolitik zu. Im Anschluß an das im vergangenen Jahr von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten angenommene erste Programm sollen hier in den nächsten Monaten wesentliche Akzente für eine abgestimmte Industrie-, Struktur-, Forschungs- und Einkommenspolitik gesetzt werden.

Gleichrangig mit der inneren Konsolidierung der Gemeinschaft bleibt die Gestaltung ihrer Außenbeziehungen. Im Mittelpunkt werden dabei weiter die Länder stehen, die den Beitritt sollten haben. Zur Vorbereitung auf den endgültigen Beitritt sollten jetzt rasch ein handelspolitisches Arrangement mit substantiellen Zollessenkungen vereinbart und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und der Technologie intensiviert werden.

Ministerrat und Kommission werden sich auch in Zukunft bemühen, die Integration zu vervollkommen. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten sollten aber mehr als bisher den Versuch machen, sich auf Prioritäten zu einigen, um die wichtigsten Hindernisse mit Vorrang aus dem Wege zu räumen und damit auch die Voraussetzungen für eine immer engere Zusammenarbeit der Unternehmen über die nationalen Grenzen hinaus zu verbessern. Ein gemeinsamer Markt im echten Sinne des Wortes wird nur dann erreicht werden können, wenn Gemeinschaftsorgane, Mitgliedstaaten und Unternehmer gemeinsam an einem Strang ziehen. Es gibt keine Wirtschaftsunion auf dem Gesetzes- oder Ordnungswege. Auch hier brauchen wir eine konzertierte Aktion.

Je mehr mit fortschreitender Integration der Kern der einzelstaatlichen Politik berührt wird, desto stärker muß das Gefühl der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und der politische Wille zur Fortsetzung der Integration werden. Die jüngste Entwicklung in Frankreich hat den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften deutlich gemacht, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind. Wir können die Hoffnung haben, daß aus dieser Lage der Konsolidierung der Gemeinschaft wie deren Erweiterung eine neue Chance erwächst.

Vor den schwedischen Reichstagswahlen

Gute Aussichten für die Sozialdemokraten

R.F. - Am 15. September finden in Schweden die Wahlen für die Zweite Kammer des Reichstages statt. Es sind die letzten Wahlen des Zweikammersystems. Bereits im Herbst 1970 werden neue Reichstagswahlen stattfinden - gleichzeitig mit Gemeinde- und Landsting-Wahlen. Der neue Reichstag wird dann nur aus einer Kammer bestehen, die jeweils für drei Jahre gewählt wird.

Die nichtsozialistischen Oppositionsparteien glauben, nun seit mehr als drei Jahrzehnten zum ersten Male eine Chance zu haben, die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung ablösen zu können. Bei den Gemeindewahlen vor zwei Jahren hatten die Sozialdemokraten Stimmen verloren, weil viele ihrer früheren Wähler überhaupt nicht zur Wahlurne gingen. Nach den großen Auseinandersetzungen um die Grundpfeiler des Sozialsystems fehlten zunächst große neue Aufgaben. Eine schon 1965 auf breiter Grundlage - in mehr als 3.000 Studiengruppen der Partei und der Gewerkschaften im ganzen Lande - vorgenommene Analyse der wichtigsten Gesellschafts- und Wirtschaftsprobleme mit Anweisungen für die künftige Arbeit hatte noch nicht ihren Niederschlag im Bewußtsein der Wählerschaft finden können. Inzwischen ist viel geschehen.

Die Studienergebnisse sind von einer Expertengruppe der Partei und der Gewerkschaften zu einem Handlungsprogramm zusammengefaßt worden, das ein außerordentlicher Kongreß der sozialdemokratischen Partei im Herbst 1967 genehmigt hat. Das Programm enthält Richtlinien, wie die bereits geschaffenen Gesellschaftseinrichtungen so weiterentwickelt werden können, daß sie den Bedürfnissen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im nächsten Jahrzehnt entsprechen: Dies bezieht sich auf die vorbildlichen Einrichtungen der Arbeitsmarktbehörde - Anmeldepflicht vor Arbeiterkündigungen, Umsiedlungs-, Umschulungs- und Starthilfe für Arbeitslose -, auf die Lokalisierungspolitik, durch welche mit staatlichen Krediten und Subventionen Wirtschaftsunternehmen in Landfluchtgebieten gefördert werden, auf die Erwachsenen-Ausbildung und die Modernisierung des Hochschulwesens, auf den Wohnungsbau, der schon jetzt pro Kopf der Bevölkerung größer ist als in irgend einem anderen Land, auf die Rehabilitation invalidisierter Menschen, um ihnen durch geschützte Arbeitsplätze neue Impulse zu geben, u.v.m.

Die starke Konzentration der Verfügungsgewalt in der Wirtschaft in wenigen Händen und die Kamouflierung der Eigentumsverhältnisse durch kontrollfreie Stiftungen sowie Holding- und Investmentgesellschaften führten zur Forderung nach verstärktem gesellschaftlichen Einfluß und nach verbesserten Kontrollmöglichkeiten. Die Arbeitnehmer sollen die Geschicke ihrer Betriebe mehr als bisher mitbestimmen können. Die starren eigenen Betriebe sollen strenger zusammengefaßt und entwickelt werden. Ein neu eingerichtetes Wirtschaftsministerium unter der Leitung des sehr begabten jungen Krister Wickman treibt diese Entwicklung vorwärts. Bereits 1967 wurde eine staatliche Investitionsbank gegründet, welche langfristige Kredite zur Förderung der Strukturrationalisierung gewährt. Dank Wickmans Initiative wurde ferner eine staatliche Entwicklungsgesellschaft für Forschung und Auswertung neuer Ideen gebildet.

Diese Institutionen sollen wann immer möglich mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten.

Die bürgerlichen Oppositionsparteien haben es schwer, angesichts dieser Initiativen zugängliche Einsatzpunkte für eine Kritik zu finden und ihr Argument, daß eine Regierungsablösung notwendig sei, glaubhaft zu machen. Sie haben keine gemeinsame Programm-Alternative entwickeln können, weil die Gegensätze zu groß sind. Die liberale Volkspartei und die aus der Landwirtebewegung hervorgegangene Zentrumspar-tei haben zwar ein gemeinsames Programm entwickelt, das aber keine wesentlich neuen Gesichtspunkte enthält. Mehr eigenes Profil hat die konservative Höger-Partei, welche die scharfe Progressivität der Einkommensteuer bei den hohen Einkommen, also die Staatseinnahmen abbauen und gleichzeitig die Verteidigungsausgaben wesentlich erhöhen will; dieses Kunststück lehnen Volks- und Zentrumspar-tei ab. Die letztgenannte Partei stützt im Gegensatz zu den anderen bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Lokalisierungs-politik. Alle Parteien bekennen sich zu verstärktem Naturschutz. Die Regierung hat bereits ein eigenes Reichsamt für Naturschutz geschaffen, das die Verunreinigung der Luft und Gewässer die schädliche Wirkung von Chemikalien auf Tierwelt und menschliche Nahrung u.a. überwacht und Gegenmaßnahmen einleitet.

Die großen Linien der allianzfreien Außenpolitik sind allen Parteien gemeinsam. Im Wahlstreit geht es lediglich um Gradunterschiede. Die kleine kommunistische Partei hatte bei den letzten Wahlen unter ihrem neuen Führer Hermansson Stimmen gewonnen, der sich bemüht, ihr ein undogmatisches Gepräge zu geben. Da die Kommunisten auch in Wahlkreisen kandidieren, wo sie nicht die geringsten Mandatchancen haben, wo aber sozialdemokratische Mandate bei geringfügigen Stimmveränderungen auf dem Spiele stehen, arbeiten sie den nichtsozialistischen Parteien in die Hände.

Diese Parteien hoffen, daß in Schweden ein Regierungswechsel wie in Norwegen und Dänemark bevorsteht. Die Sozialdemokraten haben aber auch jetzt wieder bewiesen, daß sie von 36 Jahren Regierungsverantwortung nicht verbraucht worden sind, sondern sehr wohl wissen, wie die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung gemeistert werden können.

Sündenbock Bonn

Verketzerung der Bundesrepublik

sp - Die von Moskau und Ostberlin gesteuerte und gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda und Verketzerung nimmt an Intensität zu. Ein Abflauen ist nicht abzusehen. Wer so offenkundig lügt und die Wahrheit entstellt, sie ins Gegenteil verdreht, hat offensichtlich vieles zu verbergen. Wer trägt die Hauptschuld an der Vergewaltigung der Tschechoslowakei, wer ist der Friedenstörer und wer zwingt nun die Völker westlich des Eisernen Vorhanges zu erhöhter Wachsamkeit? Es sind dies die Revanchisten und Imperialisten der Bundesrepublik Deutschland tönt es unisono aus Ostberlin und Moskau und viele Zeitungsspalten müssen herhalten, um diese haltlosen und grotesken Behauptungen zu untermauern.

Nun ist es das Gute an großen Lügen, auch wenn sie noch so lauthals aufgetischt werden, daß jeder mit normalen Sinnen ausgestattete Mensch sie als Lüge erkennen kann, besonders in diesem Falle, wo die Wahrheit offenkundig ist und durch keine Vernebelungskünste verdeckt werden kann. Der Kommunismus sowjetischer Prägung hat durch die von ihm veranlaßte Invasion der Tschechoslowakei ein moralisches Fiasko ohne gleichen erlitten und er hat ein Gesicht enthüllt, von dem sich sogar die meisten kommunistischen Parteien entsetzt abwenden. Der Einmarsch von Truppen einiger Staaten des Warschauer Paktes in ein Land, dessen legale Regierung sich bemühte, das zu tun, was sie als unerlässlich für das Wohl des Volkes hielt, zeigt aller Welt, wo die wirklichen Aggressoren sitzen und wer den Frieden bedroht. Die Machthaber der DDR erwiesen sich dabei als treibende Kraft und fügten einem friedliebenden Volk Schlimmes zu.

Nun soll es die Bundesrepublik sein, die die Aggressoren zwang, das zu tun, was sie taten. Sie, die Aggressoren, seien, heißt es in Ostberlin und Moskau, in die Tschechoslowakei einmarschiert, um dieses Land vor einem drohenden Angriff der Bundesrepublik zu schützen und das tschechoslowakische Volk hätte allen Anlaß, für diese Art von Hilfeleistung dankbar zu sein. Höher geht es wohl nimmer. Die Urheber dieser Verketzerung der Bundesrepublik belügen sich selbst, sie belügen ihre Völker und die Welt. Dafür werden sie sich vor den eigenen Völkern einst zu verantworten haben, denn die Wahrheit kennt keine Grenzen.